AZ: -20.4/32.1- Fr. Alffen / Hr. Adrian

Drucksache Nr.: 0968/2018/DS

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Ratsversammlung	14.12.2021	Ö	Endg. entsch. Stelle

Berichterstatter:

Oberbürgermeister Bergmann

Verhandlungsgegenstand:

**Städtische Beteiligungen:
SWN Stadtwerke Neumünster
Beteiligungen GmbH;
hier: Bürgerbegehren zum
Projekt "HEAT"**

A n t r a g :

Die Ratsversammlung bekräftigt die Entscheidung der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung der SWN Stadtwerke Neumünster Beteiligungen GmbH, das Wärme-Projekt „HEAT“ nicht weiter zu verfolgen und beschließt, von einer Ausgliederung des Teilbetriebs „Wärmeerzeugung“ der SWN Stadtwerke Neumünster GmbH in die MBA Neumünster GmbH und einer darauf basierenden Erhöhung des Anteils der REMONDIS Kommunale Dienste Nord GmbH an der MBA Neumünster GmbH auf bis zu 49 % für die nächsten zwei Jahre abzusehen.

ISEK:

Konzernstruktur stärken

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- Ja, positiv
 Ja, negativ
 Nein

Begründung:

Ausgangslage:

Seit Mai 2020 arbeitete die SWN Stadtwerke Neumünster GmbH („SWN“) daran, die Wärmesparte neu aufzustellen und nachhaltig zu optimieren.

Eine ursprünglich hierzu durch SWN angedachte Neugründung einer „SWN Wärme GmbH“ mit externen Gesellschaftern und einer Ausgliederung der Fernwärmenetze an die neu gegründete Gesellschaft wurde im weiteren Verlauf jedoch nicht weiter verfolgt.

Im Rahmen des daraufhin inhaltlich neu strukturierten Wärme-Projekts „HEAT“ war sodann eine Ausgliederung des Teilbetriebs „Wärmeerzeugung“ aus der SWN in die städtische MBA Neumünster GmbH („MBA“) sowie eine anschließende Erhöhung des bereits bestehenden Geschäftsanteils der REMONDIS GmbH & Co. KG (dann unter der Firmierung REMONDIS Kommunale Dienste Nord GmbH; „REMONDIS“) an der MBA von aktuell 26,3 % auf dann bis zu 49,0 % geplant.

Für die gemeinsame Neuaufstellung sollte die bestehende MBA in eine „SWN Wärme GmbH“ umfirmiert und das SWN-Kraftwerk und die MBA darin zusammengefasst werden. Ziel war die Stärkung des SWN-Konzerns und zugleich die Optimierung der Wärmeversorgung in Neumünster.

Zur Abwendung des geplanten Wärme-Projekts fanden mehrfach Protestaktionen statt. Diese mündeten schließlich in die Ankündigung einer Bürgerinitiative „Unsere SWN – Unsere Wärme“, das Vorhaben der SWN mittels eines Bürgerbegehrens zur Durchführung eines Bürgerentscheids verhindern zu wollen.

Entwicklung:

Mit Presseerklärung vom 6. Oktober 2021 verkündete die Geschäftsführung der SWN, das Wärme-Projekt „HEAT“ aufgrund der zeitlichen Unsicherheiten durch das potentielle Bürgerbegehren abzusagen und nicht weiter zu verfolgen.

Die Gesellschafterversammlung der SWN bekräftigte diese Entscheidung im Rahmen einer dafür außerordentlich einberufenen Sitzung am 2. November 2021, welche mittels Presseerklärung vom 5. November 2021 öffentlich bekannt gegeben wurde. Mitglieder der Gesellschafterversammlung und damit entscheidende Akteure sind der Oberbürgermeister sowie weitere elf Mitglieder der Ratsversammlung der Stadt Neumünster.

Ziel war eine eindeutige und transparente Positionierung der Eigentümerin Stadt Neumünster, um die Bürgerinitiative in ihrer Entscheidungsfindung zur Aufrechterhaltung ihres Begehrens maßgeblich unterstützen zu können.

Am 25. November 2021 teilte die Bürgerinitiative mit, trotz dessen an ihrem Vorhaben festhalten zu wollen und reichte die im Rahmen des Bürgerbegehrens gem. § 16 g Abs. 4 GO notwendigen Unterschriften am 30. November 2021 ein.

Gemäß § 16 g Abs. 5 GO könnte ein Bürgerentscheid (vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht) in letzter Instanz noch entfallen, wenn die Ratsversammlung die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahmen in unveränderter Form oder in einer mit der Bürgerinitiative abgestimmten alternativen Form selbst beschließt. Ein solcher Beschluss könnte für einen Zeitrahmen von zwei Jahren wiederum nur durch einen Bürgerentscheid abgeändert werden.

Zur Abwendung der mit einem Bürgerentscheid einhergehenden zeitlichen und finanziellen Aufwendungen wird eine abschließende Entscheidung der Ratsversammlung der Stadt Neumünster als zielführend erachtet, um somit die bereits durch die Geschäftsführung und die Gesellschafterversammlung der SWN gefassten Beschlüsse, das Wärme-Projekt „HEAT“ nicht weiter zu verfolgen, zu bekräftigen und i.S. des § 16 g Abs. 5 GO verbindlich zu beschließen, von der durch das Bürgerbegehren angefochtenen Ausgliederung des Teilbetriebs „Wärmeerzeugung“ der SWN in die MBA und einer darauf basierenden Erhöhung des Anteils der REMONDIS an der MBA abzusehen.

Weiteres Verfahren:

Sollte die Ratsversammlung einen entsprechend des Antrags vorgeschlagenen Beschluss fassen, wäre ein Bürgerentscheid (vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht) unzulässig, da dem Inhalt des Bürgerbegehrens bereits vollumfänglich entsprochen wäre.

Die Stadtverwaltung würde der Kommunalaufsicht ergänzend zu den bereits übermittelten Unterlagen des Bürgerbegehrens eine Kopie des Beschlusses zuleiten. Weitere zeitliche und finanzielle Aufwendungen würden hierdurch vermieden.

Sollte die Ratsversammlung keinen entsprechend des Antrags vorgeschlagenen Beschluss oder einen Beschluss in anderer Form fassen, wären die eingereichten Unterschriften innerhalb von sechs Wochen nach Einreichung (30.11.2021; Fristbeginn 01.12.2021, 00:00 Uhr; Fristende 11.01.2022; 24:00 Uhr) durch die Stadtverwaltung zu prüfen und das Ergebnis der Kommunalaufsicht mitzuteilen. Erschwerend käme hinzu, dass die Zuständigkeit für die Prüfung der Unterschriften im Bürgerbüro läge, welches bereits jetzt den geforderten Aufgaben nicht vollständig gerecht werden kann.

Der Bürgerentscheid müsste dann innerhalb von drei Monaten nach der Entscheidung über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens (wahrscheinlich 10.04.2022) stattfinden. Bei der Terminfestsetzung wären die Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens zu hören. Eine Verlängerung der Frist auf sechs Monate (wohlmöglich der 08.05.2022; Termin der Landtagswahl) könnte im Einvernehmen mit den Vertretungsberechtigten des Bürgerbegehrens beschlossen werden.

Für die Vorbereitung eines solchen Bürgerentscheids würden die gesetzlich ermöglichten drei Monate fast vollständig benötigt. Insbesondere wäre es erforderlich, zeitnah nach der Entscheidung der Kommunalaufsicht über die Zulässigkeit, einen Termin für einen möglichen Bürgerentscheid festzulegen und den Abstimmungsausschuss zu bilden. Hierfür könnte die Sitzung der Ratsversammlung am 15.02.2022 nicht abgewartet werden, sodass eine Sondersitzung im Januar 2022 erforderlich sein würde.

Der Stadt Neumünster entstünden, unabhängig von der Auswahl des Abstimmungstermins, neben dem personellen Aufwand auch finanzielle Aufwendungen für die Vorbereitung und die Durchführung des Bürgerentscheids.

Tobias Bergmann
Oberbürgermeister